

**Yinglong Wang, Kang Ma, Mengxiao Yu,
Yao Dai, Rujia Yuan, Zhaoyou Zhu, Jun Gao**

An improvement scheme for pressure-swing distillation with and without heat integration through an intermediate connection to achieve energy savings.

'angesichts der wachsenden bedrohung der sozialsysteme durch die überalterung der gesellschaft wurde in den vergangenen jahren verstärkt auf die notwendigkeit von zuwanderung hingewiesen. allerdings kann die integration der migranten in die sozialsysteme selbst probleme aufwerfen, so zum beispiel finanzierungs- und legitimationsprobleme. dies gilt vor allem, wenn zuwanderung bedeutet, dass migranten überdurchschnittlich häufig von sozialstaatlicher unterstützung abhängig sind oder wenn sie in großen teilen der bevölkerung vor allem als nutznieser der sozialsysteme angesehen werden. daher steht die politik vor der aufgabe, angemessene inklusionsstrategien für zuwandernde gruppen zu entwickeln, um einerseits die wachsende zahl an zuwanderern in geeigneter weise sozial abzusichern, zum anderen aber auch die wohlfahrtsstaatliche leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und die solidaritätsbereitschaft der bevölkerung nicht zu überfordern. vor diesem hintergrund stellt sich die frage, wie die deutsche bevölkerung auf die inklusion der zuwanderer in den wohlfahrtsstaat reagiert und ob es vorbehalte gegen eine vollständige einbeziehung und einen gleichberechtigten status von ausländern gibt. es ist durchaus denkbar, dass die bürger im hinblick auf die wohlfahrtsstaatliche leistungszumessung eine unterscheidung entsprechend des aufenthaltsstatus oder der im erwerbsleben geleisteten steuern und sozialbeiträge unterstützen. ein gleichberechtigter zugang zu staatlichen leistungen könnte von der autochthonen bevölkerung als ungerecht empfunden werden und zu wachsenden ressentiments gegenüber ausländern und zu einem legitimationsverlust des wohlfahrtsstaats führen. daher soll in diesem beitrag der frage nachgegangen werden, inwiefern die deutsche bevölkerung die inklusion von ausländern begrüßt und welches die bedingungen sind, von denen die inklusionsbereitschaft abhängt.'

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell

(Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit